



## Presseinformation

Es gilt das gesprochene Wort!  
Sperrfrist Redebeginn!

Nr. 187 / 2013

Kiel, Mittwoch, 24. April 2013

Regierungserklärung/ Zwischenlagerung hochradioaktiver Abfälle aus Wiederaufbereitungsanlagen

### Wolfgang Kubicki: Der Vorstoß des Energiewendeministers war nicht von sachlichen Erwägungen getragen

In seiner Rede zu TOP 2 (Regierungserklärung zur Zwischenlagerung hochradioaktiver Abfälle aus Wiederaufbereitungsanlagen) erklärt der Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion, **Wolfgang Kubicki**:

„Vor gerade einmal einem Jahr debattierten wir in diesem Hohen Hause über den Fund von gerosteten Atomfässern am Kernkraftwerk Brunsbüttel. Aus dieser sehr hitzigen Diskussion ist mir vor allem das Auftreten der Grünen noch gut erinnerlich – der damalige Fraktionsvorsitzende Dr. Habeck war an diesem Tag erkrankt, und sein Kollege Detlef Matthiessen vertrat ihn hier im Plenum würdig.

Kollege Matthiessen sagte hier also am 23. März 2012 ausweislich des Plenarprotokolls in Richtung des damaligen Ministers Schmalfuß:

*„Wir stellen zum wiederholten Male fest, Herr Minister: Der Betreiber Vattenfall kann es nicht oder – das muss man vielleicht vermuten – will es nicht. Die Betreiberin geht nicht verantwortungsvoll mit Atomkraft um.“*

Und weiter sagte Matthiessen:

*„Es fehlt Vattenfall an Transparenz und Offenheit. Immer nur verschleiern, vertuschen, kleinreden! Aus den genannten Gründen fordern wir: Vattenfall muss die Betriebsgenehmigung für die AKW Krümmel und Brunsbüttel entzogen werden.“*

**Wolfgang Kubicki**, MdL  
Vorsitzender

**Christopher Vogt**, MdL  
Stellvertretender Vorsitzender

**Dr. Heiner Garg**, MdL  
Parlamentarischer Geschäftsführer

Es sind dieselben Grünen, die uns jetzt im Brustton der Überzeugung erklären wollen, dass sie Verantwortung für Deutschland übernehmen. Die schleswig-holsteinischen Grünen übernehmen Verantwortung, indem sie eben diesen Betreiber – Vattenfall –,

- den Sie vor einem Jahr in beispielloser Weise beschimpft haben,
- dem Sie die Zuverlässigkeit abgesprochen haben und
- dem Sie Verschleierung und Vertuschung vorgeworfen haben,

jetzt damit beauftragen wollen, mehrere Castoren mit hochradioaktiven Abfällen in den kommenden Jahrzehnten zu beaufsichtigen.

Vattenfall kann allerdings nur eines sein: Entweder das Unternehmen ist als Betreiber unzuverlässig, oder es ist zuverlässig. Wenn wir Sie damals ernst genommen haben, als Sie Vattenfall wegen Unzuverlässigkeit beschimpft haben, warum sollten wir es jetzt wieder tun?

Wie weit reicht Ihre Verantwortung, wenn Sie innerhalb verhältnismäßig kurzer Zeit eine solche 180-Grad-Wende vornehmen? Können sich die Menschen in Schleswig-Holstein darauf verlassen, dass Ihre politische Verantwortung länger trägt als Ihre Regierungsbeteiligung?

In den vergangenen Tagen und Wochen war tatsächlich viel von Verantwortung die Rede, wenn Vertreter der Regierungskoalition den töpelfhaften Vorstoß des Energiewendeministers öffentlich verteidigt haben. So erklärte die grüne Fraktionsvorsitzende von Kalben in ihrer Pressemitteilung vom 11. April:

*„Wir haben in der Koalition klare Vorgaben bezüglich der Sicherheit, der Finanzen und der Solidarität aller Länder verabredet. Nicht mehr und nicht weniger. Wir sind bereit, einen Teil der Verantwortung zu tragen und erwarten dies auch von allen anderen.“*

Wer Verantwortung übernimmt, sollte gute Argumente haben, warum er handelt, wie er handelt. Ich habe jedoch vonseiten der Landesregierung bisher keine stichhaltigen sachlichen Argumente gehört, warum Brunsbüttel ein geeigneter Standort für ein Zwischenlager ist.

Ich möchte festhalten: Verantwortung zu proklamieren ist etwas anderes als Verantwortung zu übernehmen. Was Sie hier aber machen, ist, dass Sie lediglich von Verantwortung sprechen – Verantwortung übernehmen Sie definitiv nicht.

Denn wenn Sie wirklich Verantwortung übernehmen würden, dann würden Sie schnell feststellen, dass es fünf Gründe gibt, warum Brunsbüttel für die Zwischenlagerung von Sellafeld-Castoren nicht geeignet ist.

### **Punkt 1: Der juristische Aspekt.**

Die Bundesrepublik kommt nicht darum herum, die Castoren aus Sellafeld oder La Hague aufzunehmen. Wir müssen also für die kommenden Jahre bis Jahrzehnte für eine verlässliche – auch rechtlich verlässliche – Lagerung dieser Castoren sorgen.

Bis heute haben wir in Deutschland allerdings lediglich ein einziges genehmigtes Zwischenlager, das den Anforderungen für ein Zwischenlager auch entspricht – und das ist Gorleben. Ob es den Grünen in Niedersachsen, in Schleswig-Holstein oder sonst wo gefällt, oder nicht: Es ist der einzige Standort in ganz Deutschland.

Das Standortzwischenlager Brunsbüttel ist bis heute nicht bestandsfest genehmigt, weil noch ein Klageverfahren aus dem Zeitpunkt der Einrichtung anhängig ist. Die Genehmigung für die Zwischenlagerung in Brunsbüttel ist lediglich bezogen auf den selbstproduzierten Kernbrennstoff.

Die Frage drängt sich also auf: Wenn wir mit Gorleben ein genehmigtes Zwischenlager haben, warum lagern wir nicht dort – an einem zentralen Ort – die Castoren, bis wir ein Endlager gefunden haben? Aus welchem sachlichen Grund sollen Standorte wie Brunsbüttel oder Unterweser jetzt zum Zwischenlager umdeklariert und entsprechend umgebaut werden – mit Steuergeldern in Höhe von voraussichtlich mehreren 100 Millionen Euro? Hierauf haben wir bislang keine sachliche Antwort erhalten.

### **Punkt 2: Verzögerungen beim KKW-Rückbau**

Bislang konnte es der Landesregierung mit dem Rückbau des Kernkraftwerkes Brunsbüttel nicht schnell genug gehen. Die jetzt vorgesehene Einlagerung der Castoren aus Sellafeld würde allerdings die Rückbauplanungen erheblich verzögern. Denn die freie Lagerfläche des Standortzwischenlagers Brunsbüttel war zur Nutzung für den Rückbau des Kernkraftwerkes vorgesehen.

Wenn die Landesregierung Verantwortung übernehmen will, dann muss sie sich jetzt entscheiden: Wollen Sie einen schnellen Rückbau, oder wollen Sie ihn nicht? Wenn Sie weiterhin den schnellen Rückbau wollen, dann müssen Sie auch öffentlich sagen, dass das mit der zusätzlichen Einlagerung von Castoren nicht in Einklang zu bringen ist.

### **Punkt 3: Technische Aspekte.**

Das derzeit gültige Zulassungskonzept für die Castoren sieht spezielle technische Anlagen vor, die bundesweit bisher lediglich in Gorleben vorhanden sind. Wenn also einer dieser Castoren repariert werden soll, weil er aus irgendeinem Grund beschädigt ist, dann geht das bisher nur in Gorleben.

Will die Landesregierung dies jetzt ändern, dann muss entweder das Zulassungskonzept geändert werden, oder in den Zwischenlagern Brunsbüttel bzw. Unterweser müssen diese Anlagen eigens errichtet werden. Ich habe bisher noch nichts davon gehört, dass die Landesregierung einen dieser Punkte bisher überhaupt in Erwägung gezogen hat.

Oder müssen wir damit leben, dass wir in Brunsbüttel unter Umständen beschädigte Castoren stehen haben, die wir nicht wieder instand setzen können, weil uns die technischen Voraussetzungen fehlen? Ist das die Verantwortung, von der Sie sprechen?

**Punkt 4: Sicherheitsaspekte.**

Als Minister Dr. Habeck seinen Vorschlag an den Markt der Meinungen brachte, hatte er ganz offensichtlich noch nicht darüber nachgedacht, mit welchen polizeilichen Mitteln, mit wie viel Personal die zusätzlichen Castoren gesichert werden sollten. Anders ist es nicht zu erklären, warum der Innenminister – zu Recht übrigens – sich hier schützend vor seine Polizeibeamten gestellt hat und vor einer personellen Überlastung gewarnt hat.

Es klingt eigentlich unvorstellbar: Zum Zeitpunkt des Vorschlags von Minister Habeck, Brunsbüttel als ein Zwischenlager anzubieten, gab es keine Überlegung seinerseits, wie die Castoren auch längerfristig gesichert werden sollten.

Wenn Sie jetzt davon sprechen, Herr Minister, dass Sie Verantwortung übernehmen, ist das nur noch der hilflose Versuch, diesem unbedachten Schnellschuss etwas Gutes abzugewinnen – und die politischen Scherben, die Sie verursacht haben, wieder halbwegs aufzufegen. Es ist erschütternd, auf welcher leichtfertigen Art und Weise von diesem Minister Politik gemacht wird.

Es wird aber noch schlimmer.

**Punkt 5: Politische Aspekte.**

Was passiert eigentlich mit den Zwischenlagern, wenn der Versuch, ein Endlager zu finden, scheitert? Müssen wir in diesem Falle nicht davon ausgehen, dass wir in Brunsbüttel zu einer schleichenden Endlagerung kommen? Hatten Sie diesen Fall schon in Erwägung gezogen, als Sie Ihren Vorschlag gemacht haben?

Sollten Sie dies in Erwägung gezogen haben, dass Brunsbüttel vielleicht zum Endlager wird, warum haben Sie bisher davon noch nichts der interessierten Öffentlichkeit gesagt?

Sollten Sie dies allerdings nicht in Erwägung gezogen haben, dann müssen Sie sich die Frage gefallen lassen, ob Sie überhaupt imstande sind, diese ministerielle Verantwortung in ihrer Fülle zu tragen. Eine derart schwerwiegende Entscheidung von erheblicher Tragwei-

te quasi per Handstreich vornehmen zu wollen, ist alles andere als verantwortungsvoll!

Wenn Sie uns hier weismachen wollen, dass Sie verantwortungsvoll mit dem Problem der Zwischenlagerung von Castoren umgehen, ohne die offenen Fragen zu beantworten, dann halte ich das für eine intellektuelle Beleidigung. Es gibt schlichtweg viel zu viele offene Fragen, die im Vorhinein geklärt werden müssten – und dann entscheidet hierüber nicht die Landesregierung, sondern das Parlament.

Der Vorstoß des Energiewendeministers war nicht von sachlichen Erwägungen getragen, sonst hätte möglicherweise auch die Suche nach Alternativen stattgefunden. Der Vorstoß war vielmehr rein politisch motiviert. Es geht schlicht um das politische Symbol „Gorleben“. Die Grünen in Schleswig-Holstein machen sich mit ihrer Entscheidung für Brunsbüttel zum Handlanger ihrer niedersächsischen Parteifreunde – nicht mehr und nicht weniger.

Sachliche Argumente haben da keinen Platz.“